



DEBATTE ÜBER KARENZTAG

„Die Deutschen sind keine Drückeberger und Faulenzer“

09.01.2025, 07:39 Lesezeit: 3 Min.



Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall einzuschränken, werde es mit der SPD nicht geben, sagt Bundesarbeitsminister Hubertus Heil. Neben seinem Parteifreund Karl Lauterbach positioniert sich auch CDU-Vize Laumann klar.



Der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann hält nichts von Vorschlägen, dass Arbeitnehmer künftig für den ersten Krankheitstag oder sogar die ersten drei Krankheitstage keinen Lohn mehr bekommen sollen. „Ich bin da ein gebranntes Kind. Ich habe als Bundestagsabgeordneter mal für ihre Einführung gestimmt. Dann hat die IG Metall mit Zustimmung der Arbeitgeber die Karenztage per Tarifvertrag für ihre Branchen kassiert“, sagte der NRW-Gesundheitsminister der „Rheinischen Post“. „Damals habe ich mir geschworen: Ich lass mich nicht noch einmal bei diesem Thema ins Bockshorn jagen.“

Allianz-Chef Oliver Bäte hatte empfohlen, die Lohnfortzahlung am ersten Krankheitstag zu streichen. Die Arbeitgeber würden so entlastet. **In der Bundesrepublik gilt – anders als in einigen anderen Ländern – seit Jahrzehnten die Lohnfortzahlung ab dem ersten Krankheitstag.** Einige Unionspolitiker hatten sich offen für die Idee gezeigt, dass Arbeitnehmer am ersten Krankheitstag keinen Lohn erhalten.

„Verzerrtes Bild von den arbeitenden Menschen“

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) wies den Vorschlag von Bäte ebenfalls zurück, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für den ersten Tag einer Krankmeldung zu streichen. „Wer krank gemeldete Beschäftigte unter den Generalverdacht des Blaumachens stellt, hat ein verzerrtes Bild von den arbeitenden Menschen in diesem Land“, sagte Heil dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). „Die Deutschen sind keine Drückeberger und Faulenzer“, sagte der Arbeitsminister weiter. „Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall einzuschränken, wird es mit mir und der SPD nicht geben.“

Besonders Arbeitnehmer mit niedrigen Einkommen würden unter einer Wiedereinführung des Karenztages leiden, warnte Heil. „Es würde die Menschen hart treffen, die tatsächlich krank sind und die einen geringen Lohn haben, vor allem Frauen“, sagte Heil. „Deshalb ist das der falsche Weg.“

Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) sagte dem Nachrichtenradio MDR aktuell: „Es ist eine Idee, die geht zulasten der Arbeitnehmer.“ Diejenigen, die sich den Lohnausfall nicht leisten könnten, schleppten sich dann zur Arbeit. Sie gefährdeten nicht nur ihre Gesundheit, sondern auch die Gesundheit der Mitarbeitenden. Das seien auch keine Kleinigkeiten: „Wenn sie mit einer Covid-Erkrankung zur Arbeit gehen und infizieren die Mitarbeiterin, die dann möglicherweise an Long Covid erkrankt, dann ist niemandem geholfen.“

FDP-Fraktion mit Alternativvorschlag

Aus Sicht von Lauterbach geht die Debatte in die falsche Richtung. Blaumachen spiele in der Praxis kaum eine Rolle und erkläre auch nicht, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern den höchsten Krankenstand habe. Dieser komme nicht durch Arbeitnehmer zustande, die wenige Tage fehlten, sondern durch Langzeiterkrankte

etwa mit psychischen Problemen oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen, sagte Lauterbach.

Grund sei, dass Deutschland zehn bis 15 Jahre lang die Vorbeugemedizin vernachlässigt habe. Deshalb habe man auch die geringste Lebenserwartung in Westeuropa und hohe Pflegekosten. „Wir brauchen hier also endlich Präventionsgesetze wie das Gesunde-Herz-Gesetz“, das aber durch den Ausstieg der FDP aus der Ampel nicht mehr realisiert worden sei.

Auch die FDP-Bundestagsfraktion sieht Forderungen nach einem Karenztag kritisch. In einem Positionspapier sprechen sich die Liberalen dagegen für einen Bonus aus, den Arbeitgeber für jeden Kalendermonat ohne Krankmeldung steuer- und abgabenfrei und zusätzlich zum Grundgehalt gewähren könnten.

Ökonomen und Verbände warnen vor den volkswirtschaftlichen Folgen des hohen Krankenstands in Deutschland. So führe dieser zu geringerem Wirtschaftswachstum und höheren Ausgaben der Sozialversicherungen. Wirtschaftsfachleute reagieren aber auch skeptisch auf den Vorschlag, Beschäftigten für den ersten Krankentag die Lohnfortzahlung zu streichen. Sie verweisen auch auf mögliche Risiken und unerwünschte Nebenwirkungen.

„Das ist keine Frage aus ärztlicher Betrachtung“

Der Wirtschaftswissenschaftler Bernd Raffelhüschen sprach sich indes für drei unbezahlte Krankheitstage und mehr Eigenbeteiligung gesetzlich Versicherter bei Arzneimittel- und Arztkosten aus. Die Einführung von ein bis drei Karenztagen sei sinnvoll, sagte Raffelhüschen der „Bild“-Zeitung. „Das würde kein soziales Problem auslösen. Karenztage sind ein guter Weg, um selbst zu entscheiden, ob man arbeitsfähig ist oder nicht.“

MEHR ZUM THEMA

 ZU HOHER KRANKENSTAND

Warum nicht mal von Schweden lernen?

 KRANKENSTÄNDE

Diese Beschäftigten haben die höchsten Fehlzeiten

HOHER KRANKENSTAND

FDP will Anreizmodell statt Karenztag bei Krankheit

Der Präsident der Bundesärztekammer, Klaus Reinhardt, hat die Debatte zuletzt als eine „gesellschaftspolitische“ beschrieben und eine Positionierung vorerst ausgeschlossen. „Das ist keine Frage aus ärztlicher Betrachtung, sondern eine gesellschaftspolitische“, sagte Reinhardt.

Er wies jedoch darauf hin, dass sich Menschen nur in seltenen Fällen ohne Krankschreibung krankmelden und dass die Krankmeldung etwa in Schweden oder den Niederlanden für eine ganze Woche ohne ärztlichen Besuch erfolgt. „Darüber zu diskutieren fände ich persönlich spannender“, so Reinhardt mit Blick auf die hohe Zahl an Arzt-Patienten-Kontakten.

Quelle: dpa [Artikelrechte erwerben](#)



Frankfurter Allgemeine

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001 - 2025
Alle Rechte vorbehalten.